

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Mai 1977

Evangelische Verantwortung

Heft 5/1977

Wir sind keine Statisten in der Union

Lieber Leser!

In den letzten Jahren wurde die Union von Mitgliedern und von Außenstehenden wiederholt aufgefordert, das „C“ zu streichen.

Die einen begründeten ihre Forderung damit, daß auch die anderen Parteien jetzt für ein bewußtes Christentum seien, andere meinten, daß Christliche würde in der pluralistischen Gesellschaft an Bedeutung verlieren, und ein Teil gehörte zu jenen, die das Christliche, seine Lehren und Konsequenzen, samt den Kirchen ablehnen.

Die Erfahrung aus der Zeit vor 1945 war oft vergessen, und die junge Generation hörte von unserer geschichtlichen Vergangenheit und Erfahrung nur wenig.

„Not lehrt Beten“ war nicht mehr aktuell. Die neue Erkenntnis war: Alles ist machbar!

Daraus folgte für manchen Bürger die Ablehnung jedweder religiös-ethischer Richtlinien und Maßstäbe. Die christlichen Gebote wurden und werden vielfach belächelt. Menschen halten sich für das Maß aller Dinge. Dem Pluralismus werden Tür und Tor geöffnet. Toleranz fordert man praktisch für alles. Im übrigen gilt es für sehr fortschrittlich und modern, sich dem Zeitgeist anzupassen.

Neue technische und wissenschaftliche Erfolge wie z. B. der Flug zum Mond (und der Spaziergang auf dem Mond) fördern nicht nur dieses angebliche Selbstbewußtsein, sondern haben auch Rückwirkungen auf den Glauben.

Speziell im evangelisch-kirchlichen Bereich verbreitet sich die Entmythologisierung. Christliche Lehre scheint sich auf das Gebot der Mitmenschlichkeit zu verengen. Im Blick auf die Dritte Welt wird die Theologie der Revolution diskutiert.

Der Streit der theologischen Richtungen verwirrt viele Gläubige und führt zur Bildung von Blöcken.

In der katholischen Kirche wirkt das 2. Vatikanische Konzil nach; Kardinal Lefevre opponiert.

Die einen begrüßen die ökumenische Bewegung, andere lehnen sie ab. Die Sorge, ein Stillstand im Aufeinanderzugehen könnte eingetreten sein, gewinnt an Bedeutung.

Es verwundert nicht, daß die Aussagekraft, und ich denke da besonders an die der evangelischen Kirche, von diesen Entwicklungen in Mitleidenschaft gezogen wird.

Stellungnahmen erfolgen offenbar erst nach langwierigen Beratungen in den zuständigen und als unbedingt anhearungsnotwendigen Gremien. So kommen Stellungnahmen und Aussagen oft zu spät und können die Meinungsbildung kaum mehr beeinflussen.

Willkommen in Siegen!

Zur 25-Jahrfeier des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien laden wir herzlich die Leser der Evangelischen Verantwortung nach Siegen ein.

Wir sind sicher, daß Ihnen diese Tagung viele bleibende Eindrücke vermittelt und danken Ihnen gleichzeitig für die Unterstützung unserer gemeinsamen Arbeit.

Mit besten Wünschen für eine gute Anreise —

Dr. Gerhard Schröder, MdB
Vorsitzender

Dr. Peter Egen
Geschäftsführer

Mitbürger, die auf das Wort ihrer Kirche warten, fühlen sich verlassen. Auch der politisch Verantwortliche bedauert solchen Sachverhalt. Sollten oder müßten Bischöfe und Kirchenleitungen nicht schnell-

ler reagieren? Gleichzeitig treten politische Ideologien wieder stärker in den Vordergrund.

Neomarxismus macht sich bemerkbar; da und dort wird er sogar als in Übereinstimmung mit dem Christentum dargestellt und der Eindruck erweckt, im Marxismus finde das Christentum erst seine praktische Anwendung, ja Erfüllung.

Die Idee der Freiheit wird freisinnig ausgelegt und fördert dadurch die Bindungs- und Hemmungslosigkeit.

Der Kommunismus versucht in den Entwicklungsländern mit seiner Lehre die Menschen zu gewinnen. All diese Tatsachen veranlassen immer mehr Menschen zu ernstem Nachdenken.

Die geistigen und religiösen Unklarheiten und Verwirrungen haben Parallelen im wirtschaftlichen Raum. Der Abbau oder Raubbau an Rohstoffen, die Sorge, diese Quellen könnten bald versiegen, wird immer mehr und zum Teil leidenschaftlich diskutiert.

Die Angst um eine lebensgefährliche Verschlechterung der Umwelt wächst. Aus beiden Überlegungen heraus stellt sich die Frage nach den „Grenzen des Wachstums“ immer stärker. All das macht die Menschen noch nachdenklicher.

Dabei wird immer mehr nach dem Sinn des Lebens und nach unserer Zukunft gefragt.

Dies machte sich zunehmend bemerkbar bei der Auseinandersetzung um den § 218 und um das Ehescheidungsrecht. Die angelaufene Diskussion um die Grundwerte ist geradezu eine logische Folge. Dabei wird sich die Frage stellen, ob und bzw. welche Grundwerte es gibt und wie das Verhältnis von Gesetz und Evangelium wirkt.

Es zeigt sich, daß Lebensstandard, soziale Sicherheit, technischer Fortschritt oder auch das „moderne Leben“ nicht ausreichen, die Fragen nach dem Sinn des Lebens zu beantworten oder die Angst vor der Zukunft zu nehmen.

Viele Mitbürger versuchen wieder über den Tag hinaus zu denken, sie wollen nicht pragmatisch ohne Grundhaltung von einer Lösung oder Scheinlösung zur anderen stolpern. Anders ausgedrückt: Taktieren allein ist zuwenig, auch eine Strategie ist erforderlich.

Viele Fehlentwicklungen der letzten Jahre haben nicht zuletzt ihre Ursache darin, daß man nur, um Tagesprobleme leicht oder gefällig zu erledigen, die Wirkungen für den grundsätzlichen Bereich verharmlöste.

Ich gebe zu, daß es in der Hast sehr schwer ist, sich neben der Routinearbeit auch noch mit Grundsatfragen und Perspektiven für die Zukunft ernst und grundsätzlich zu beschäftigen.

Auch Parteitage tun sich schwer – sowohl wegen ihrer Größe als auch der Erledigung der umfangreichen Regularien – Grundsatfragen ausgiebig zu diskutieren.

Deshalb wurden ja Grundsatfragen und Wahlprogramme durch besondere Kommissionen vorbehandelt.

Der EAK hat mit seinen Bundestagungen immer wieder Beiträge zu Grundsatfragen geliefert.

Dr. Werner Dollinger, MdB, ist stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU; des weiteren ist er Vorsitzender des EAK in Bayern. Er ist Mitglied der Synode der EKD sowie der bayerischen Landessynode.

Die Themen aus 25 Jahren beweisen dies; ich darf die der Jahre 1972, 1973, 1974 und 1976 in Erinnerung rufen: so diskutierten wir in Pforzheim 1972 gemeinsam über das Thema „Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung“ und ein Jahr später stellten wir uns in München der Frage „Wie wir morgen leben wollen“.

Unvergeßlich sind auch die Vorträge der Mainzer Bundestagung im Dezember 1974, die unter dem Thema „Zukunft und Hoffnung“ stand. Für Stuttgart im März vergangenen Jahres hatten wir dann das Leitthema „In Glaube und Freiheit verpflichtet“ gewählt.

Zunächst war der EAK mit der Zielsetzung gegründet worden, bewußte evangelische Christen für die Union zu gewinnen. Diese Aufgabe ist geblieben, denn die Union ist nur dann vorhanden, wenn in allen Bereichen, dies gilt sowohl für Mitglieder als auch Mandatsträger, Christen beider Konfessionen angemessen mitgestalten und mitwirken.

Der EAK hat entscheidend dazu beigetragen, daß viele bewußte evangelische Christen, nach anfänglich zum Teil großen Vorbehalten, schließlich in der Union eine politische Heimat gefunden haben.

Der EAK muß auch in Zukunft sich dieser Arbeit mit Nachdruck widmen. Dies wird umso erfolgreicher sein, je mehr sichtbar wird, daß Evangelische keine Statisten in der Union sind. Dies setzt voraus, daß evangelisches Gedankengut entscheidend durch den EAK in die Union eingeführt und wirksam wird. Das „C“ der Union war bisher, sowohl römisch/katholisch als auch evangelisch/protestantisch „eingefärbt“. Daß dies so bleibt, ist unsere Aufgabe.

Trotz ökumenischer Bewegung bleiben Unterschiede bei der Beurteilung verschiedener Themen zwischen den Kirchen und auch zwischen bewußten Gliedern der Kirchen. Es gehört zu den Aufgaben des EAK dafür zu sorgen, daß solche Nichtübereinstimmung rechtzeitig erkannt und versucht wird, für die Christen beider Kirchen tragbare Lösungen zu finden. Nur so können Spannungen, Mißdeutungen, Differenzen und Schädigungen des Unionsgedankens verhindert werden.

Evangelische Christen haben es oft schwerer, sich in politischen Fragen bei ihrer Kirche zu orientieren; katholische Christen, dies ist auch historisch bedingt, werden mehr von ihrer Kirche in politischen Fragen begleitet.

Der EAK kann hier der evangelischen Kirche und den evangelischen Christen helfen. Wir haben alle unser Verhalten vor Gott und den Menschen zu verantworten.

Es gilt im EAK mitzuarbeiten, um die Union zu fördern und zu stärken.

Wir müssen Themen aufgreifen und Anregungen geben aus christlicher Verantwortung für heute und für morgen.

In diesem Sinne verbleibe ich mit besten Grüßen
Ihr

W. Dollinger

Evangelische Kirche – Christlich Demokratische Union – Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Hans Bolewski

Der Verfasser des nachfolgenden Artikels ist engagiert in der Studiengruppe des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien tätig. Seine Vorstellungen zu dem Thema waren Gegenstand einer längeren und äußerst angeregten – teilweise auch kontrovers geführten – Diskussion innerhalb dieses Kreises; hieraus ging dann der Wunsch hervor, über die Evangelische Verantwortung diese Gedanken einem größeren Kreis von Menschen nahezubringen und zur Diskussion hierüber aufzufordern.

So stellen die Ausführungen von Dr. Hans Bolewski – dem ehemaligen Direktor der Evangelischen Akademie Loccum – einen Versuch dar, das Verhältnis Evangelische Kirche – CDU und die in diesem Verhältnis dem Evangelischen Arbeitskreis zukommenden Aufgaben zu beschreiben. Dieser Versuch ist von einem bestimmten Verständnis von Kirche wie von Politik bestimmt, von dem aus gewisse Entwicklungen innerhalb des deutschen Protestantismus und in Verbindung damit die Möglichkeiten der Wahrnehmung politischer Verantwortung durch evangelische Christen innerhalb der CDU skeptisch beurteilt werden. Wir meinen aber, daß eine Analyse der geistigen Situation in der Kirche und in der Politik mehr Hilfen für eine Lösung der anstehenden Probleme liefert als sozialwissenschaftliche Fremddiagnosen oder unverbindliche theologische und politische Erklärungen. In diesem Sinne soll hier von der Evangelischen Kirche, von der Rolle der Protestanten innerhalb der Politik, insbesondere der CDU, und schließlich vom Evangelischen Arbeitskreis die Rede sein.

Die Evangelische Kirche

1. Man kann die Situation im deutschen Protestantismus als Ende evangelischer Kirchlichkeit im bisher geläufigen Sinne beschreiben. Man kann dies als Gewinn, als Beginn einer neuen Zeit, als Erfüllung biblischer oder auch modern theologischer Erwartungen (Bonhoeffer, Moltmann u. a.) ansehen. Man kann es als schöpferische Krise, als

notwendigen Übergang, als neues Stadium einer religiösen Pluralität deuten. Man kann schließlich darin den „Abschied von der Kirche“ (Rüdiger Altmann), die Kapitulation vor den großen säkularen Sozialreligionen, insbesondere dem Sozialismus sehen. Allen Diagnosen ist gemeinsam: Protestantische Frömmigkeit als ein bestimmtes Verständnis der Welt, des Staates, der Mitmenschen, als eine bestimmte Form der Hingabe, der Treue gegenüber uns anvertrauten Aufgaben und Menschen, als ein Leben in Liebe aus dem Glauben, gibt es, wenn überhaupt, dann nur noch als individuelle, private Lebensform, aber nicht als etwas, was die Institution Kirche, die Gemeinde in Reden und Handeln bestimmt.

2. Trotzdem existiert die Kirche in einer erstaunlichen Stabilität als Teil eines Systems öffentlicher Versorgung und Sicherung. Auch wenn sich kirchliche Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Altersheime, Bildungsstätten, Kindergärten) kaum noch durch einen eigenen Stil von anderen abheben, hat dieser organisatorische Bereich mit Hilfe öffentlicher Mittel in den letzten Jahren erheblich zugenommen und vermutlich mehr Menschen als früher in Verbindung mit kirchlichen Instanzen sehr verschiedener Art gebracht. Aus dieser Entwicklung erklärt sich mindestens teilweise auch der Verlust an Theologie und die Aussage-Armut der Predigt. Die Orthopraxie sozial orientierter Kirchlichkeit ist zur „Verführung der Theologie“ geworden (Hans Otto Wölber), die ihrerseits, von gewissen Anleihen bei den Humanwissenschaften abgesehen, innerhalb der heutigen Universität ein isoliertes Dasein fristet. Der von diesen Humanwissenschaften ausgehende Drang zu öffentlichen Demonstrationen scheint darum auch manchen jungen Theologen oder manchen Gemeindegruppen eine moralische Sonderrolle zu geben, die mit begleitender Medienwirkung und verlegener Duldung durch die

Kirchenleitungen mehr Resonanz findet, als ihr von ihrer Substanz her zukommt. Dabei ist allerdings bedeutsam, daß diese Demonstrationen meist die einzige kirchliche Aussage zu Themen darstellen, zu denen eine wie auch immer verstandene Weltverantwortung im Grunde nicht schweigen dürfte (Ökologie, Frieden, Bürgerrechte, Rassenfragen, Aufgaben von Erziehung und Bildung u. a.). Kirchenamtlichen Äußerungen zu solchen Themen fehlt im allgemeinen die Nähe zur Realität wie die überzeugende theologische Begründung.

Aus dem Inhalt

Wir sind keine Statisten in der Union	1
Werner Dollinger	
Evangelische Kirche – Christlich Demokratische Union – Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU	3
Hans Bolewski	
Der Friedenskampf hat viele Namen	6
Werner Raguse	
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	11
Kurz notiert	11
Leserbriefe	13
Reminiszenz – Ernst Eichelbaum	15

3. Durchgängig ist der oft nahezu völlige Verlust der Seelsorge. An ihre Stelle sind psychologische und meditative Praktiken getreten, die ihre Rechtfertigung in Begriffen wie Sensibilisierung, neue Religiosität, Verständnis für Gruppendynamik, Wiedergewinnung der Leiblichkeit suchen. Selbst wenn diesen Begriffen ein gewisses Recht zukommt, ist dennoch der Konflikt nicht zu übersehen, in den die neuen Praktiken mit unaufgebaren Aussagen eines christlichen Verständnisses vom Menschen geraten. Hier wird das Seelische oder das Religiöse als ein abgegrenzter Bereich verstanden, der einer eige-

nen Behandlung unterworfen wird. Seelsorge aber hat es immer mit dem ganzen Menschen zu tun, der aus seiner Verstrickung in Schuld und Schicksal nach einer mehr als menschlichen Instanz fragt. Weil auch der moderne säkulare Staat die Möglichkeit einer solchen Frage respektiert, ist das Beichtgeheimnis der Kirche öffentlich geschützt. Wenn dieses Geheimnis gruppendynamischen Praktiken ausgeliefert wird, verzichtet man damit auf eine wirkliche Bewältigung der Kontingenz. Man kann dann weder von Schuld noch von Vergebung sprechen. Das macht nicht nur den christlichen Glauben irrelevant – Schöpfung und Erlösung sind damit zu nichtssagenden Begriffen geworden – das liefert auch den zeitgenössischen Menschen der Verdünnung, dem Wirklichkeitsverlust, der „Anomie“ (Emile Durkheim) aus.

Evangelische Christen und politische Parteien

1. Diese Veränderungen müssen notwendig Folgen auch im politischen Bereich haben. Das gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich für eine Partei, die ihr Selbstverständnis aus dem christlichen Glauben ableitet. Diese Verbindung von Glaube und Politik ist im evangelischen Teil der CDU immer schon sehr viel weniger bewußt gewesen als im katholischen. Gegenüber der katholischen Soziallehre, die sich mit dem Ordo-Liberalismus der sozialen Marktwirtschaft verhältnismäßig leicht verbinden ließ, waren die Themen der evangelischen Theologie, existentielle Interpretation, Konfessionalismus, Herrschaft Christi, zur Fundierung politischer – wie übrigens nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts auch kirchlicher – Aussagen zu akademisch. Es ist daher verständlich, daß das Evangelische in der CDU stärker in bestimmten personellen und institutionellen

Bindungen und Verbindungen als in einem besonderen evangelischen Verständnis der Politik lag. Das hat in der Vergangenheit auch einen gewissen Opportunismus begründet (ein bekannter evangelischer Theologe trat 1949 der CDU bei, um Rektor einer Universität zu werden. Er trat nach seinem Lebensbericht etliche Jahre später mit der gleichen Selbstverständlichkeit wieder aus), der der Gewinnung verantwortlicher gebildeter Schichten im Protestantismus mehr geschadet als genützt haben dürfte. Evangelisches Denken muß daher, wenn es glaubhaft sein will, innerhalb der Partei zu eigenen Aussagen gelangen. Es muß ein eigenes Verhältnis von Kirche und Politik entwickeln, und es muß sich kritisch auch mit kirchlichen und politischen Instanzen auseinandersetzen können. Dabei wird die eigene Entscheidung und Loyalität zur CDU ebenso vorausgesetzt wie Respekt und Toleranz gegenüber anderen Möglichkeiten verantwortlicher politischer Stellungnahmen.

2. Ein evangelisches Verständnis von Politik wird sich in gleicher Weise von einer Verwandlung des Glaubens in eine politische Ideologie wie von einer vermeintlichen Wertfreiheit politischen Handelns und politischer Entscheidungen distanzieren. Gerade weil solche Entscheidungen wertbestimmt sind, weil es in ihnen immer um mehr als nur um das materielle Wohl der Bürger geht, weil immer „der von Gott gemeinte Mensch“ (Eberhard Jüngel) auf dem Spiel steht und politisch verspielt werden kann, ist eine politische Wachheit des Glaubens gefordert. Diese Aufgabe läßt sich auch nicht an synodale Gremien delegieren. Was dabei herauskommt, kann eine Reihe von Denkschriften der EKD aus den letzten Jahren eindrucksvoll belegen. Der Werthaltigkeit des Politischen kann man offenbar nur in der politischen Auseinandersetzung selbst gerecht werden. In diesem Sinne sollte man die in den letzten Jahren sich durchsetzende Politisierung aller Lebensbereiche auch nicht beklagen, sondern sie bewußt und entschlossen übernehmen und in ihr eine notwendige Fortentwicklung der Demokratie und einen Ruf zur christlichen Wachsamkeit in der Politik sehen.

3. Gleichwohl kann die christliche Existenz nicht in der politi-

schen Existenz aufgehen. Ein politisches Engagement des Christen ist überhaupt nur möglich, wenn die Politik nicht letzte Erwartungen zu erfüllen verspricht, wenn eine Institution bleibt, in der das Letzte zur Sprache kommt. In welcher Form das heute geschehen kann, unterliegt vielen Fragen und Zweifeln; diese sind letzten Endes auch die Ursache für „die Entleerung der Volkskirche“ (Wilhelm Flitner) und ihr zurückgehendes öffentliches Ansehen. Diesem Vorgang kann man weder in der Haltung konservativer Besserwisserei, noch in suffisanter Neutralität, sondern nur in persönlicher Betroffenheit gerecht werden. Wir haben die Kirche, die wir verdienen; wenn wir eine bessere Kirche wollen, eine Kirche, die man sachlich als eine „dem Herrn gehörige“ verstehen kann, müssen wir bei uns selbst anfangen.

Der Evangelische Arbeitskreis der Unionsparteien

Angesichts der Wandlungen im kirchlichen wie im politischen Bereich kommt einer Gruppe, die sich beiden Bereichen zugehörig und verantwortlich weiß, besondere Bedeutung zu. Hier müßte das Bei-Sich-Selbst-Anfangen einsetzen. Man kann die Bedeutung des Arbeitskreises als eine diagnostische, eine politische und eine religiöse Aufgabe sehen.

1. Zunächst zur diagnostischen Aufgabe.

In Kirche und Theologie zeigt sich ein wachsendes Bedürfnis, über sich selbst Klarheit zu gewinnen. Das reicht von demoskopischen Befragungen über Einzelaufsätze – etwa in den „Evangelischen Kommentaren“ – bis zum „Rotbuch Kirche“. Gerade dieses Bemühen aber offenbart eine prinzipielle Not, nämlich das Fehlen einer Instanz mit anerkannter Kompetenz. Weder die Kirchenleitungen noch die theologischen Fakultäten besitzen heute diese Kompetenz. Sie besitzen auch nicht die personellen und institutionellen Voraussetzungen, um über bloß Impressionistisches und sozialwissenschaftlich Verfremdetes hinauszugelangen. Aus diesem Grund gehört der religiöse Bereich zu den

unbekanntesten und am schwersten zugänglichen Wirklichkeiten unserer Welt. Wenn dieser Bereich nicht seiner eigenen Verlorenheit überlassen bleiben soll, muß versucht werden, seine Relevanz neu zu erschließen. Dazu bedarf es wissenschaftlicher, theologischer, aber auch interdisziplinärer Fragestellungen, die der Wahrheit ebenso wie dem missionarischen Auftrag der Kirche verpflichtet sind. Der Evangelische Arbeitskreis kann diese Fragestellungen nicht selber beantworten, er kann aber im Zusammenwirken mit Stiftungen, mit kirchlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen die nötigen Anregungen dazu geben, vergleichbar etwa dem Zusammenwirken zwischen der Hartford-Gruppe und der Rockefeller Foundation.

2. Die politische Aufgabe des Arbeitskreises besteht nach diesen Überlegungen weniger in einem regionalen als in einem sektoralen Mitwirken an politischen Entscheidungen. Es ist die Frage, ob Orts- und Landesverbände, die sich wie Hauskreise einen Strauß unterschiedlicher Themen vornehmen, auf die Dauer notwendig und lebensfähig sind, wenn nicht zusätzlich evangelische Gruppen im Bewußtsein ihrer kirchlichen und politischen Verantwortung an lebenswichtigen Entscheidungen (Schule, Gesundheitswesen, Jugendpolitik,

Erwachsenenbildung u. a.) mitwirken. Hier fehlt es an evangelischen Initiativen. In Nordrhein-Westfalen zeigt sich z. B., daß evangelische Gruppen in der Schulpolitik erst dann aktiv werden, wenn sie die Rückendeckung noch intakter katholischer Institutionen (Walberberg, IBW-Paderborn u. a) finden. Hier wäre eine stärkere Präsenz des Evangelischen Arbeitskreises an Aufgaben, in denen es langfristig um humane Existenz geht, denkbar und nötig.

3. Eine stärkere Präsenz sollte auch in den kirchlichen Körperschaften denkbar sein. Dies würde allerdings die Möglichkeit kirchlicher Sammlung aus eigener, nicht von der Partei inspirierter Initiative voraussetzen. Eine solche Sammlung liegt aber auch im Interesse eines in evangelischer Verantwortung begründeten, von sozialistischen und anderen ideologischen Bindungen freien Verständnisses von Politik. Zur Zeit fehlt im Bereich der EKD die Möglichkeit zu einem Zusammenschluß derart gesonnener evangelischer Christen. Da der Evangelische Arbeitskreis für Kirchenmänner und Theologen nur Gastrollen bietet, kann ein konsequenter Schüler Karl Barths wie Eberhard Jüngel hier zwar ein Forum wie sonst nirgends in der EKD finden, aber die literarische Diskussion seines Referates, das

dem Thema der „Hoffnung“ gewidmet war, muß dann unter dem Zwang kirchlicher Publizistik ausgerechnet unter der Frage stattfinden, ob Christen Sozialisten sein müssen. Wer dies alles nicht mitmachen will, hat lediglich die Möglichkeit, unter den evangelikalen Slogans „Kein anderes Evangelium“ oder „Bibel und Bekenntnis“ sein Mißfallen zu bekunden.

Für den Evangelischen Arbeitskreis muß dieser Zustand besonders unbefriedigend sein; denn er kann sich mit keiner der bestehenden kirchlichen Gruppierungen identifizieren, und er muß sich gleichzeitig fragen, ob er nicht durch seine innerkirchliche Abstinenz die Bildung einer ihm entsprechenden kirchlichen Gruppe geradezu verhindert. Hier sind inhaltliche und organisatorische Überlegungen nötig, die sicher Mühe machen. Aber wo es um das große Thema Glaube und Politik geht, sind billige Lösungen eben nicht zu haben.

Kurz notiert

Biblische Orientierung contra Verunsicherung

Wetzlar: Im deutschen Protestantismus kündigt sich zum dritten Mal eine Veranstaltung an, die durch ihre „Expansion“ auffällt: der „Gemeindetag unter dem Wort“ – dieses Jahr vom 17. bis 19. Mai (Himmelfahrt) in die Westfalenhalle und das Westfalenstadion nach Dortmund verlegt.

Die Veranstalter sind, wie sie selbst sagen, biblisch orientierte Christen, die sich innerhalb der Landes- und Freikirchen zu einer Art unabhängiger Bürgerinitiative zusammengefunden haben. Ziel des

evangelischen Gemeindetages soll nach Worten ihrer Öffentlichkeitsreferentin, Pastorin Bärbel Wilde, Lüdenscheid, nicht etwa „der Bau eines religiösen Elfenbeinturmes“, sondern eine „Hilfestellung zur Bewältigung persönlicher und gesellschaftlicher Probleme in einer Zeit der Verunsicherung“ sein.

Im Mittelpunkt des dreitägigen Programms stehen 15 Arbeitsgruppen, die sich am Nachmittag des 18. Mai mit Themen beschäftigen werden, die vom Fundament des Glaubens, von diakonischer Verantwortung, politischem Engagement und den neuen Jugendreligionen bis hin zur Rolle der Massenmedien und der Dämonie reichen. Neben Evangelisationen in der Halle sind

missionarische Einsätze in der Dortmunder Innenstadt vorgesehen. Im Eisstadion findet eigens ein Kinderfest statt. Für festliche Akzente sollen musikalische Veranstaltungen mit Chören und Solisten, sowie gesellige Begegnungen sorgen. Das Programm wird durch eine evangelikale Bücherbörse, an der sich 30 Verlage beteiligen, und Informationsstände ergänzt. Als einer der prominentesten ausländischen Gäste hat der südamerikanische Evangelist Luis Palau, Buenos Aires, zugesagt.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gibt Schülern und Lehrern für die Teilnahme an der Veranstaltung in Dortmund auf Antrag schulfrei.

Der Friedenskampf hat viele Namen

Die „Christliche Friedenskonferenz“ bereitet sich auf Belgrad vor

Werner Raguse

Seit Ende 1974 ist der Versuch der systematischen Ausweitung der Arbeit der „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK) auf den afroasiatischen und den lateinamerikanischen Raum zu bemerken. Die CFK, die sich überwiegend aus Kirchen, Gemeinden und einzelnen Gliedern dieser Kirchen in den kommunistischen Staaten zusammensetzt, hatte bisher unter dem Tenor „Unterstützung der antirassistischen Freiheitsbewegungen“ im kirchlichen Bereich politische und finanzielle Zuarbeit geleistet. Mit Tagungen ihrer Führungsgremien versucht nun die CFK, die eigentlich nur aus Kontaktpersonen bestehenden Stützpunkte in Afrika und Lateinamerika aufzuwerten bzw. weitgehend mit ihr in Personalunion verbundene Schwesterorganisationen, wie die „All Africa Conference of Churches“ (AACC), die „Christliche Vereinigung für Beziehungen mit Osteuropa“ (CAREE) in den USA, die „Asiatische Christliche Friedenskonferenz“ (ACFK) in Indien, auszubauen. Daneben liefen die Bemühungen, als „Nichtregierungsorganisation“ (NGO)* auf die UNO-Unterorganisationen und deren Veranstaltungen Einfluß zu nehmen. So wurde neben der UNO-Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest (1974) eine „Bevölkerungstribüne“ veranstaltet, mit der auf die Regierungsvertreter eingewirkt werden sollte. Die CFK-Vertreterin der DDR, Ilseget Fink, schrieb es dem aktiven Einfluß der CFK-Mitglieder bei der Meinungsbildung während der Konferenz zu, daß ein Beschluß gefaßt wurde, „Vertreter der nationalen Befreiungsbewegungen von nun an zu UNO-Tagungen wie dieser“ zu akkreditieren¹.

Aktivitäten in der Dritten Welt

Mit einer Tagung des Internationalen CFK-Sekretariats im September 1974 in Matanzas auf Kuba be-

gann die Serie der außereuropäischen Werbetagungen. Das Generalthema „Die kubanische Revolution – Gerechtigkeit und Frieden in Lateinamerika“ gab der CFK-Spitze Gelegenheit, sich mit Entschliefungen und Forderungen zu Problemen dieser Hemisphäre als fortschrittliche christliche Organisation vorzustellen. Es wurde die Beendigung des Kolonialstatus von Puerto Rico und die Aufhebung der von den USA verhängten Kuba-Blockade gefordert, man begrüßte die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und Panama und gab zu Chile eine Erklärung ab². Als Folge des Kuba-Besuchs wurde in der nächsten Sitzung des CFK-Arbeitsausschusses (AA) – dem höchsten CFK-Gremium – ein Vertreter Kubas in das Internationale Sekretariat aufgenommen.

Diese AA-Sitzung fand Ende September 1974 in Tananarive auf Madagaskar statt, erstmals auf afrikanischem Boden. Der Bürgermeister von Tananarive, Pastor Dr. Richard Andriamanjato, ist einer der Vizepräsidenten der CFK, Vorsitzender des Generalkomitees (Präsident) der AACC und Präsident des Komitees zur Unterstützung der Charta der sozialistischen Revolution Madagaskars (KDRSM). Die Tagung war der Gründung neuer Regionalkonferenzen der CFK (nationaler Gruppen) und der Vorbereitung der für Januar 1975 vorgesehenen „Asiatischen Friedenskonferenz“ in Kottayan (Indien) gewidmet. Als neue Mitglieder der CFK wurden zwei christliche Gruppen aus Japan und Réunion aufgenommen³. Auch während dieser Sitzung wieder unzählige Erklärungen: Man erklärte sich solidarisch mit dem Kampf der afrikanischen Völker gegen Kolonialismus, Apartheid, rassische Diskriminierung, Dürre, Hunger und Mangel, begrüßte die Dekolonialisierung in Guinea-Bissau, Moçambique und Angola, forderte den Rückzug der israelischen Truppen aus den be-

setzten Gebieten und den der USA-Truppen aus Kambodscha, verurteilte das Saigoner Regime und das südkoreanische Pak-Regime und übersandte dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Stoph ein Glückwunschtelegramm zum 25. Jahrestag der DDR-Gründung. Die Forderung, den Indischen Ozean zu einer Friedenszone zu machen, schloß den Strauß der Erklärungen dieser christlichen Tagung.

Im November 1974 tagte dann in Daressalam (Tansania) die Antirassismus-Kommission der CFK, die erklärte, die den Befreiungsorganisationen gewährte „politisch-moralische und materielle Hilfe“ fortzusetzen⁴. Interessant an der Tagung war der vorsichtige Versuch, eine „Theologie der Befreiung“ zu entwickeln. Obwohl die Verbindlichkeit einer solchen Theologie sogar innerhalb der CFK auf Schwierigkeiten stoßen würde, scheint die CFK-Führung zu versuchen, ihre im kommunistischen Machtbereich gemachten Anpassungserfahrungen als positiv für die afrikanischen Kirchen zu „verkaufen“, um deren mehr und mehr geforderte gesellschaftliche Verantwortung zu unterstützen und sie christlichen Glauben und gesellschaftliches Engagement miteinander in Beziehung setzen zu lassen⁵.

Die von Prof. Dr. Russel Chandran 1971 gegründete indische Regionalgruppe der CFK taufte sich inzwischen in „Asiatische Christliche Friedenskonferenz“ um. Sie tagte im Januar 1975 im südindischen Kottayan, wo der jetzt Metropolit Paulos Mar Gregorius genannte Pfarrer und Leiter der theologischen CFK-Kommission Paul Verghese die syrisch-orthodoxe theologische Hochschule leitet. Die ACFK will angeblich nicht der Konferenz der Kirchen in Asien Konkurrenz machen, unterstellt den Kirchen aber zweideutige Verflechtungen mit dem Kolonialismus und bietet „jenseits der traditionellen Strukturen neue Wege der Zusammenarbeit“ an. Die üblichen Ent-

schließungen befaßten sich mit Vietnam, Korea, britischen und amerikanischen Stützpunkten im Indischen Ozean und mit Indonisien und zwar im Sinne der sowjetischen Politik in diesem Raum. Der kommunistische Ministerpräsident des gastgebenden indischen Bundesstaates Kerala, Achuta Menon, sagte dann auch, daß der erfolgreiche Kampf gegen Imperialismus und Krieg günstige Bedingungen für gesellschaftliche Veränderungen schaffe. „Natürlich kommen solche Veränderungen nicht von selbst. Wir müssen darum kämpfen. Ich hoffe, daß die Kirchen und die Christliche Friedenskonferenz in diesem Kampf ihren Beitrag leisten.“

Dem Kampf gegen Rassismus und dem „politischen Kolonialismus“ galten ständig Erklärungen und Resolutionen der CFK. In Sitzungen des Fortsetzungsausschusses der CFK in Siófok (Ungarn) im September 1975, in den deutschen CFK-Regionaltreffen (DDR, Bundesrepublik-Süd), in der Antirassismus-Kommission, bei der Konferenz der „Organisation für afroasiatische Völkersolidarität“ und anderen Regionaltreffen der CFK stand das Thema Afrika 1975/76 im Vordergrund der Agitation. Ende Januar 1976 rief die CFK-Leitung sogar alle Kirchen „zum Gebet für das Volk von Angola“ und zur Unterstützung der kommunistischen MPLA auf⁷. Der 23. Mai 1976 sollte nach dem Wunsch der CFK in allen Gemeinden zum „Afrika-Sonntag“ erklärt werden⁸.

Das Engagement der CFK mit seiner deutlichen ideologischen Motivierung ist offensichtlich Teil einer langfristigen Planung. Einige wichtige Kirchenführer Afrikas, die auch das Ohr einflußreicher afrikanischer Politiker zu haben scheinen, gehören der CFK an und gleichen dadurch, obwohl oder auch weil sie keinen großen Anhang in den Amtskirchen haben, den fehlenden „Unterbau“ aus. Nicht zuletzt spielt auch Geld eine Rolle. Da naturgemäß kaum zu erfahren ist, welche Summen afrikanischen Kirchenführern als Spenden für den Kampf gegen den Rassismus zufließen und wofür sie die Gelder einsetzen, lassen sich nur Vermutungen über diese Art der Einflußgewinnung anstellen. Der von der dritten Vollversammlung der gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz in Lusaka revidierte Haushalt für 1974 enthielt

„unter den Einnahmen neben etlichen Zuschüssen und durchlaufenden projektgebundenen Geldern 11 200 US-Dollar Beiträge der Mitgliedskirchen, zu denen noch 5 650 US-Dollar ‚Eigenleistungen‘ zu addieren wären. Der Zuschuß der Christlichen Friedenskonferenz wird mit genau 10 000 US-Dollar angegeben, das sind 60 Prozent der von den AACC-Kirchen selbst aufbrachten Mittel.“ Da die CFK-Regionalgruppen in Westeuropa und Amerika unbedeutend sind, dürften die Gelder aus den Kirchen der osteuropäischen Staaten und der DDR kommen, wobei die Frage offenbleiben muß, woher diese nicht gerade reichen Kirchen derartige Beträge und dazu noch in wertvollen Devisen herbekommen.

Rückschlag in Nairobi

Für diese politischen und materiellen Anstrengungen der CFK brachte die 5. Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) vom 23. November bis 10. Dezember 1975 in Nairobi einen herben, ernüchternden Rückschlag. Das hatte zwei Gründe:

1. Vielen afrikanischen Delegierten wurde klar, daß ihr Afrika nicht nur ein ausgebeuteter, nachkolonialistischer Kontinent ist, sondern daß auch neue Diktaturen unterschiedlicher Grade die Nachfolge weißer Kolonialisten angetreten haben, und daß sich – wie zu der Zeit in Angola – Befreiungsbewegungen untereinander bekämpfen. Unterstützung einer Befreiungsbewegung bedeutet zugleich Parteinahme nicht nur gegen den Rassismus, Neokolonialismus usw., sondern auch für ein bestimmtes politisches Ziel.
2. In Nairobi wurde zum ersten Mal das im Weltkirchenrat und erst recht in der CFK tabuisierte Thema vom Leben der Kirche im Sozialismus und die Frage der Menschenrechte in Osteuropa aufgeworfen.

Die Diskussion um die religiösen Freiheitsrechte in den kommunistisch regierten Staaten, insbesondere in der UdSSR, traf die Vertreter dieser Kirchen und die CFK völlig unvorbereitet. Sie waren weitgehend auf die Themen Rassismus/Apartheid, Kolonialismus/Neo-

kolonialismus und Abrüstung fixiert, wie sie es in einer vorbereitenden Konferenz Mitte Oktober 1975 in Budapest abgesprochen hatten⁹.

Die ersten Tage der ÖRK-Konferenz nahmen auch den von Vertretern der Ost-Kirchen und der CFK erwarteten Verlauf. Generalsekretär Canon Burgess Carr von der AACC nutzte die erste Plenarsitzung, um die militärische und wirtschaftliche Unterstützung weißer Rassistenregime durch bestimmte Länder zu brandmarken. Ebenso wie schon früher der Vorsitzende des AACC-Zentralausschusses John Gatu griff Carr dabei die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) an¹¹. Kurz darauf hielt ein amerikanischer Professor eine viel beachtete, selbstanklägerische Rede, in der die Politik der USA in Südostasien und Lateinamerika scharf verurteilt wurde¹². Der eigentliche politische Sprengstoff kam deshalb mit unerwarteter Brisanz. Das Problem der Religionsfreiheit in den kommunistisch geführten Ländern war zwar den Kirchen bekannt. So hatte z. B. der Exiltscheche Blahoslav Hrubý vor dem ÖRK-Zentralausschuß im Januar 1971 in Addis Abeba über die „Religion in kommunistisch beherrschten Ländern“ referiert¹³, ohne daß jedoch eine offizielle Reaktion erfolgte. Jetzt hatte aber ÖRK-Generalsekretär Philip Potter die schweizerische Aktion „Solidarität mit den verfolgten Christen“ um nähere Informationen gebeten, nachdem diese eine „Ausgewogenheit in der Behandlung von Menschenrechtsfragen in allen Ländern der Welt“ gefordert hatte¹⁴. Gleichzeitig veröffentlichte die Presse in Nairobi einen offenen Brief zweier russisch-orthodoxer Christen mit Angaben über die Verfolgung von Christen in der Sowjetunion¹⁵. Der Vorsitzende des Außenamtes im Moskauer Patriarchat, Metropolit Juvenalij, stellte die Beschuldigungen sogleich als übertrieben und entstellend dar und nannte die Verfasser „anti-ökumenisch“. Das Thema Menschenrechte in den Ostblockländern ließ sich aber trotz

aller Bemühungen der gerade in Afrika ihr Gesicht wahren wollenden Kirchen aus Osteuropa und ihrer CFK nicht aus der Diskussion bringen¹⁶.

Die Vorgänge in Nairobi haben diese Kirchen und die CFK aufgeschreckt. Das Ausmaß der nun seit einem Jahr nach der Tagung veröffentlichten Verteidigungsartikel und -erklärungen läßt vermuten, daß a) die im außereuropäischen Raum gestarteten Aktionen dieser Kirchen und der CFK an Glaubwürdigkeit verlieren und b) die Weltkonferenz religiöser Friedenskräfte 1977 in Moskau die Scharte von Nairobi ausweiten soll.

Wichtigste Stellungnahme zu den Vorwürfen in Nairobi wegen fehlender oder eingeschränkter Religionsfreiheit in der Sowjetunion war ein Schreiben des Heiligen Synods der russisch-orthodoxen Kirche an die Leitung des ÖRK in Genf vom 3. März 1976, in dem der Synod zum Verlauf der Tagung in Nairobi und den Ergebnissen Stellung nimmt. In der allgemeinen Betrachtung bemängelt der Synod die Bloßstellung der Sowjetunion und zeigt sich tief betrübt über „die Eilfertigkeit, mit der auf der Vollversammlung das sogenannte ‚Schweigen‘ über unser Land gebrochen wurde und die dabei entstehende unbrüderliche Gesinnung¹⁷. In der Zusammenfassung stellte der Synod fest, daß kein Vertreter christlicher Kirchen aus sozialistischen Ländern zu den Referenten der Hauptthemen gehört habe. Dagegen hätten einzelne Persönlichkeiten des ÖRK „kirchliche Dissidenten“ zu Wort kommen lassen. „Auf der Versammlung wurden ferner Versuche beobachtet, die dazu angetan waren, unser Land in den Augen der afrikanischen öffentlichen Meinung wie der Weltöffentlichkeit als einen Staat in Mißkredit zu bringen, in dem die Menschenrechte angeblich keinen vollgültigen Ausdruck finden können. Diese Voreingenommenheit uns gegenüber wurde besonders durchsichtig beim Vergleich mit der

Diskussion der Menschenrechtssituation in anderen Ländern¹⁸.“ Schließlich wies der Synod „mit aller gebotenen Verantwortung“ darauf hin, daß „derartige, die grundsätzlichen Lebensnormen unserer Landeskirche in gewissem Grade unterwandernde oder ihre Einheit schwächende Kontakte zur Beeinträchtigung unserer Mitarbeit im Weltkirchenrat führen müssen“¹⁹. Die zukünftigen Tagungen des ÖRK werden zeigen, ob das Thema Menschenrechte in der Sowjetunion um der mühsam erreichten und erhaltungsbedürftigen Zusammenarbeit im ÖRK willen von der Tagesordnung verschwindet oder nicht.

Unterstützung aus der DDR

Neben diesen Abwehrmaßnahmen auf höchster Ebene lief eine Propagandakampagne zugunsten der Sowjetunion an, an der sich insbesondere deutsche Kirchenmänner und die politisch motivierten Kreise um die und mit der CDU in der DDR beteiligten. In der DDR ließen sich zwei hintereinanderliegende Agitationsphasen feststellen: in der unmittelbar nach den Vorgängen in Nairobi einsetzenden Zurückweisung der „antisowjetischen“ Vorwürfe und einer zweiten Phase, in der das positive Bild des Lebens eines Christen in der DDR dargestellt wird. Die zweite Phase ist dabei sicherlich auch von innerpolitischen Vorgängen beeinflusst worden (Diskussion um Programm und Statut der SED, Selbstverbrennung Pfarrer Brüsewitz)²⁰. Tonangebend für die außerhalb der Kirche stehenden Arbeitskreise in der Nationalen Front und für die Ost-CDU war die Tageszeitung „Neue Zeit“ (NZ). Die NZ erkannte die Gefahr, die durch eine Diskussion über osteuropäische Kirchenverhältnisse für die am Antirassismus-Programm des ÖRK angehängten prokommunistischen Aktionen der osteuropäischen Kirchen und der CFK entstehen könnte. Die NZ beklagte die Eingrenzung des Begriffs Menschenrechte „auf individuell-bürgerliche, vornehmlich religiöse Freiheitsrechte“²¹; beklagte, daß die ÖRK-Vollversammlung am letzten Sitzungstag den Bericht der Sektion VI von allzu vereinfachenden Feststellungen (Kapitalismuskritik, Sozialismusalternative)

befreite, und unterstellte dem ÖRK Käuflichkeit, weil dieser, „infolge der westlichen Wirtschafts- und Währungskrise“ auf „erhöhte Geldbeiträge der reichen Kirchen, vornehmlich der in den USA und der BRD angewiesen“ sei²². Trotz des Versuchs gewisser Delegierter, sich in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion einzumischen, und trotz gewisser Unklarheiten über die in den sozialistischen Ländern bereits realisierte Partizipation der Volksmassen an der Macht sei das Interesse „an einer Orientierungshilfe aus den Ländern des real existierenden Sozialismus“ bei den Kirchenvertretern aus der Dritten Welt groß²³.

Wegen der negativen Begleitumstände von Nairobi fanden sich die osteuropäischen Kirchenvertreter am 23. und 24. März 1976 in Budapest zu einer „brüderlichen Konsultation“, an der auch Oberkirchenrat Mitzenheim (CDU-Ost) teilnahm. Die Versammlung wiederholte, daß es in Nairobi am Verständnis für das Leben und den Dienst der Kirchen in den kommunistischen Ländern gefehlt habe und „sogar Stimmen laut geworden sind, die unter Einfluß von einseitigen und unzutreffenden politischen Informationen die Kirchen in sozialistischen Ländern in ein falsches Licht zu stellen und zu diskreditieren versuchten“²⁴. Nach dieser Zusammenkunft wurde die Phase der Zurückweisung der Verleumdungen²⁵ durch positive Berichte über das religiöse und kirchliche Leben in den osteuropäischen Ländern erweitert²⁶. In der DDR wurde hierzu die Beteiligung von Christen in staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen herausgestellt. Zwar konnten in Funktionen nur die Kirchenleute Oberkirchenrat Hartmut Mitzenheim (Mitglied des Bezirkstags Gera), Pfarrer Georg Schäfer (Mitglied der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung), Pastor Erich Arndt (Mitglied des Bezirkstages Schwerin) und Pfarrer Hans Bartos (Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg) vorgestellt werden; vier neue Kandidaten und „Gewinner“ in den Wahlen zu den Bezirksvertretungen kamen hinzu und spiegeln unter der Überschrift „Mitarbeit im Sozialismus“ die angeblich heile kirchliche Welt in der DDR wider: die Pfarrer Kurt Seiler (Magdeburg), Walter Unger (Gera), Wolfgang Quandt (Karl-Marx-Stadt) und Volker Schwarz-

kopf (Halle) — alle CDU- und CFK-Mitglieder. „Freiheit durch Sozialismus“ ist die Losung dieser Pfarrer, „die von ihren marxistischen Freunden gesellschaftswissenschaftliche Grundeinsichten übernommen“ haben. „Wissen sie doch, wem allein politische Macht und Herrschaft im sozialistischen Staat zusteht: dem werktätigen Volk, der Arbeiterklasse und ihrer Partei im Bündnis mit allen anderen demokratischen Kräften“²⁷.

Die ÖRK-Vollversammlung hatte in Nairobi beschlossen, daß — wenn schon wegen der Haltung der östlichen Kirchen eine Resolution über die Menschenrechte in den osteuropäischen Staaten nicht verabschiedet werden konnte — Generalsekretär Potter einen entsprechenden Bericht vorlegen sollte²⁸. Es galt deshalb für diese Kirchen, den Zeitraum bis zu der für August 1976 vorgesehenen Sitzung des ÖRK-Zentralausschusses zu nutzen und rechtzeitig den „Möchtegerne-Interventen und kalten Kirchenkriegern“²⁹ entgegenzutreten. Alle Hinweise aus westlichen Kirchenkreisen auf die entsprechenden Passagen der Schlußakte von Helsinki wurden als Mißbrauch der KSZE zu antikommunistischer Hetze gesehen und dialektisch dahingehend beantwortet, daß sich keines der einzelnen Ziele des KSZE-Dokumentes ohne Rücksicht auf das Dokument als Ganzes und losgelöst von der umfassenden Absicht der Vereinbarung verwirklichen ließe. Schließlich gäbe es auch das Prinzip IV (sic!) der Schlußakte: Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten!

Außerdem dürfe der Aspekt Menschenrechte nicht losgelöst von der Forderung nach weltweiter Entspannung gesehen werden³⁰. Dagegen könne die Schlußakte von Helsinki die Basis sein, den internationalen Kampf um die Beseitigung von Kriegs- und Konfliktherden in anderen Teilen der Welt zu unterstützen. Der Kampf um die europäische Sicherheit könne keinen „europazentrischen Charakter“ haben. Dieser Gedankengang wurde nach den Beratungen der CFK im Juni 1976 in Sofia³¹ allgemeine Argumentationslinie, die von der evangelischen DDR-Monatschrift „Standpunkt“ erweitert wurde: Mit diesem Kernstück sei die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz intendiert,

die wiederum Kernstück des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus und für den Fortschritt sei. Wer also gegen die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz ist, tritt gegen Wortlaut und Geist der KSZE an und unternimmt zugleich den Versuch, „den gesellschaftlichen Fortschritt aufzuhalten, den Kampf um die allseitige Befreiung der Völker einzudämmen, Rassismus und Neokolonialismus zu fördern“; er ist vom „Kainsmal des Antikommunismus“ geprägt und dessen Hauptform „Antisowjetismus“³².

So gesehen verstieß ÖRK-Generalsekretär Potter gegen die KSZE-Schlußakte, als er nach der Tagung in Nairobi 144 europäische und nordamerikanische Kirchen (die USA und Kanada sind Signatarstaaten der KSZE-Schlußakte) aufforderte, über ihre Erfahrungen mit der Schlußakte in ihren Ländern und Gesellschaften zu berichten, und diese in einer Studientagung im Juli 1976 in Montreux im Hinblick

Zitat

Pfarrer, die halb Gott, halb Marx im Herzen tragen und als theologische Figaros den christlichen Glauben nach sozialistischer Haarmode frisieren wollen, verdunkeln die Wahrheit und sind auf der Kanzel unbrauchbar.

**Pfarrer Alexander Evertz
Dortmund**

auf die Erfüllung oder Nichterfüllung der Grundsätze über die Religionsfreiheit auswerten ließ³³. Die Auswertung wurde Grundlage einer Beratung zum Thema Menschenrechte des in Nairobi neu gewählten ÖRK-Zentralausschusses.

Während dieser Tagung in Genf (10. bis 18. August 1976) lehnten es die sowjetischen Teilnehmer ab, über Briefe und Eingaben einzelner Petenten aus der Sowjetunion zu diesem Thema zu diskutieren³⁴. Man wisse nämlich gar nicht, was Potter mit seinem Hinweis auf die Religionsfreiheit eigentlich meine³⁵. Der Bericht Potters brachte schließlich nur Allgemeinplätze und ein gewisses Einschwenken auf die Haltung der pro-sowjetischen Kirchenleute. In seinem Bericht über die Behandlung der Menschen-

rechtsprobleme und Fragen der Religionsfreiheit in den KSZE-Staaten stellte Potter zwar fest, daß es „zahlreiche Verletzungen der Religionsfreiheit“ gebe, er machte aber keine konkreten Angaben, vermied die Nennung von Praktiken und nannte keine Einzelheiten aus Briefen, die der ÖRK aus den kommunistischen Staaten erhalten hatte. Er schlug vor, daß sich die Kirchen „ein funktionsfähiges Instrumentarium für die Fragen von Menschenrechtsproblemen und Fragen der Religionsfreiheit“ schaffen sollten³⁶. Hiergegen opponierten die Vertreter aus der UdSSR und Bulgarien und wiesen auf antikommunistische Motivationen hin. Die schließlich beschlossene Einrichtung einer Beratungsgruppe für Menschenrechtsfragen im Rahmen der ÖRK-Kommission für internationale Angelegenheiten (KKIA) ist schon jetzt zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, weil es keine Beurteilung eines entsprechenden Vorganges geben wird, der nicht von der Kirche des jeweiligen Staates legitimiert wurde. So wird es keine „Einmischung“, kein „ungebetenes Hineinreden“, keinen „zwischenkirchlichen Interventionismus“, keine „Untersuchungs- und Seelsorgeteams“ und keine „Praktiken“ wie bei „einer so westlich orientierten Organisation wie ‚Amnesty international‘“ geben: „Genf 1976 hat dafür gesorgt, daß sich die vor allem im Antirassismus-Programm bewährte ökumenische Solidarität mit den Opfern imperialistischer Unterdrückung nicht zu ‚überparteilichen‘ Aktivitäten einer ‚Amnesty oecumenical‘ neutralisieren läßt“³⁷.

Der Weltkongreß 1977

Die von „Gläubigen der Sowjetunion im Herbst 1975“ angeregte Einberufung einer „Weltkonferenz religiöser Repräsentanten für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen zwischen den Völkern“³⁸ ist für den

6. bis 10. Juni 1977 in Moskau geplant. Ein internationales Vorbereitungs-komitee stellte während einer Tagung Ende März 1976 die personellen und damit politischen Weichen. Zum Vorsitzenden des Komitees wurde der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit Juwenalij, bestimmt, zu seinen Stellvertretern Prof. Dr. Sergio Arce-Martinez (CFK-Vizepräsident), Kanonikus Raymond Goor (CFK, Lenin-Friedenspreis-Träger), ein Pastor Eric David sowie ein Mufti aus Jemen und ein Buddhist. Aus den Reden ist zu entnehmen, daß der Kongreß u. a. zur Abwehr der „Anhänger des kalten Krieges“ gedacht ist, die nach Helsinki ihre friedensfeindliche Tätigkeit in der ganzen Welt verstärken und die antisowjetische Propaganda aktivieren³⁹. Die sowjetischen Redner wiesen einmütig auf die Religionsfreiheit in ihrem

Land hin und behaupteten, daß in der Sowjetunion ausnahmslos alle zehn Grundprinzipien der KSZE verwirklicht würden.

Der Weltkongreß wird also die Gewährleistung der Religionsfreiheit in den kommunistischen Staaten und die Sicherung der Menschenrechte bestätigen und damit eine Alibifunktion für die Belgrader KSZE-Konferenz übernehmen (deren Vorbereitungstagung fünf Tage nach dem Kongreß beginnt), in der das Thema Menschenrechte sicherlich eine große Rolle spielen wird. Gleichzeitig wird der Moskauer Kongreß die publizistische Plattform für ansonsten weitgehend unbekanntes Gruppen abgeben, die als Komitee für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit, Weltfriedensrat, CFK⁴⁰, Berliner Konferenz katholischer Christen, Brüsseler Internationales Komitee für europä-

ische Sicherheit und Abrüstung u. ä. die einseitigen Aussagen der Tagung unterstreichen und von Zypern über Chile bis hin zu den angeblichen Berufsverboten in der „BRD“ alle Themen des Friedenskampfes in der Welt aufgreifen werden — um das Schweigen wieder über die Kirchen in den kommunistischen Ländern auszubreiten, die „ihre Lage akzeptiert (haben), in welcher sie keine Macht in großen Unternehmen und in der Politik haben. Die Kirchen müssen ihr früheres Schuldigwerden in der beispiellosen Vernachlässigung der zahllosen sozialen Anliegen ihrer Länder anerkennen“⁴¹.

Vorstehender Artikel wurde mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlags der Publikation „Deutschland Archiv“ Nr. 2/77, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln entnommen.

* Die CFK ist Mitglied der Konferenz der NGOs mit Beratungsstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC).

- 1 „Standpunkt“, Evangelische Monatsschrift, Ost-Berlin Nr. 12 Dezember 1974; „Neue Zeit“ (NZ), Zentralorgan der Ost-CDU, 12. 9. 1974; CFK-Informationen (Informationsdienst der Christlichen Friedenskonferenz), Prag, 7. 8. 1974.
- 2 NZ, 26. 9. 1974; Evangelischer Pressedienst (epd), Frankfurt am Main, 27. 9. 1974; Standpunkt November 1974.
- 3 NZ 17. 10. 1974; epd 17. 10. 1974.
- 4 NZ 21. 11. 1974; Standpunkt März 1975; NZ 14. 12. 1974; CFK-Informationen Nr. 167.
- 5 Pf. Eckhard Schülzgen NZ 14. 12. 1974.
- 6 NZ 30. 1. 1975; Standpunkt Februar 1975.
- 7 NZ 30. 1. 1976; NZ 14. 2. 1976.
- 8 NZ 4. 3. 1976.
- 9 Lutherische Monatshefte Dezember 1974, März 1975.
- 10 NZ 11. 11. 1975; Standpunkt November 1975.
- 11 NZ 26. 11. 1975; Frankfurter Rundschau (FR) 1. 12. 1975.
- 12 NZ 27. 11. 1975; Deutsche Zeitung (DZ) 5. 12. 1975; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt (DS) 7. 12. 1975; Evangelische Kommentare Dezember 1975 (Wortlaut).
- 13 DZ 29. 1. 1976.
- 14 epd 28. 1. 1975.
- 15 epd 28. 11. 1975; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 8. 12. 1975; Lutherischer Weltbund Informationen (lwi) 9. 12. 1975; epd 1. 12. 1975; DZ 5. 12. 1975; NZ 3. 12. 1975; Die Welt 12. 12. 1975.
- 16 Der russisch-orthodoxen Vertretung gelang es schließlich, eine bereits verabschiedete Erklärung mit der Drohung, daß sonst die ökumenische Gemeinschaft zerstört werde, in einen Ausschuß zurückzuverweisen. epd

9. 12. 1975; FAZ 9. 12. 1975; lwi 9. 12. 1975; epd 11. 12. 1975; FAZ 11. 12. 1975; Katholische Nachrichtenagentur, Bonn (KNA), 11. 12. 1975; Evangelische Kommentare Januar 1976.
- 17 Beilage der „Stimme der Orthodoxie“, Berlin (Ost) Nr. 3/1976; NZ veröffentlichte erst am 24. 4. 1976 diese Stellungnahme unter der Datumsangabe 17. 3. 1976 und ohne die hier unter den Anmerkungen 18 und 19 zitierten Passagen. epd 31. 3. 1976.
- 18 Ebenda.
- 19 Ebenda.
- 20 Reinhard Henkys berichtete im epd vom 4. 6. 1976, daß SED-Politbüro-Mitglied Werner Lamberz bereits am 31. 10. 1975 eine bisher nicht veröffentlichte Grundsatzrede gehalten habe, in der er den religionsähnlichen Totalitätsanspruch der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, wie er im Entwurf des neuen SED-Programms enthalten war, zu relativieren versuchte. Siehe auch Gisela Helwig: „Christsein in der DDR“, Deutschland Archiv Heft 10/1976, S. 1020 ff.
- 21 NZ 15. 4. 1976.
- 22 NZ 17. 4. 1976.
- 23 Standpunkt Februar 1976.
- 24 NZ 22. 4. 1976; Lutherische Monatshefte Juli 1976.
- 25 Zum Beispiel durch den Stellvertretenden Justizminister der Sowjetunion, Alexander Sucharew, in „Neue Zeit“ (Moskau), 1/76; „Ungebetene Schützer der Menschenrechte in der UdSSR“; den Vorsitzenden des Rates für religiöse Angelegenheiten bei der sowjetischen Regierung, Wladimir Kurojedow, in der „Iswestia“, 31. 1. 1976; den russisch-orthodoxen Patriarchen Pimen in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Nowosti, lwi 12. 3. 1976; außerdem lief eine Briefkampagne aus christlichen Gemeinden

- der UdSSR beim ORK in Genf ein, in der die freie Religionsausübung in der Sowjetunion hervorgehoben wurde. epd 9. 4. 1976.
- 26 Der Exarch der russisch-orthodoxen Kirche in der Ukraine, Metropolit Filaret, gab seiner Verwunderung über die Verleumdungen Ausdruck und veröffentlichte statistische Angaben über seine Kirche, KNA 4. 5. 1976; epd 2. 8. 1976; „Christenverfolgung in der UdSSR — eine geplatze Lüge“, Zentralorgan der DKP Unsere Zeit (UZ) 10. 9. 1976.
- 27 NZ 9. 10. 1976.
- 28 NZ 8. 8. 1976; epd 13. 8. 1976.
- 29 NZ 7. 8. 1976.
- 30 NZ 7. 8. 1976 (gemeint ist Prinzip VI); NZ 31. 7. 1976; NZ 7. 10. 1976; NZ 14. 10. 1976; epd 11. 10. 1976; NZ 23. 10. 1976.
- 31 Standpunkt September 1976.
- 32 „Entspannungsprobleme nach Helsinki“ Standpunkt September 1976; Interview mit dem CFK-Generalsekretär Dr. Tóth mit Standpunkt Juni 1976; Resolutionen des CFK-Arbeitsausschusses NZ 14. 10. 1976.
- 33 Stellungnahme der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 10. 7. 1976 in Pressemitteilung der Kirchenkanzlei vom 5. 8. 1976; Neue Zürcher Zeitung (NZZ) 8. 8. 1976; DS 15. 8. 1976.
- 34 epd 12. 8. 1976.
- 35 Ebenda.
- 36 epd 13. 8. 1976; FAZ 13. 8. 1976; FR 13. 8. 1976; lwi 19. 8. 1976.
- 37 NZ 16. 9. 1976.
- 38 NZ 17. 4. 1976; NZ 1. 10. 1976.
- 39 NZ 17. 4. 1976; Standpunkt Juni und Juli 1976.
- 40 Standpunkt September 1976; NZ 7. 10. 1976.
- 41 Prof. Dr. Josef Smolik, Prag, in Standpunkt November 1975.

Professorentitel für Arved Deringer

Stuttgart: Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger hat kürzlich in seinem Amtssitz — der Villa Reitzenstein — an Rechtsanwalt Arved Deringer in Anerkennung seiner Leistungen für die Europäische Rechtswissenschaft den Titel Professor verliehen. Arved Deringer ist seit vielen Jahren Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Württemberg. Der Bundesarbeitskreis gratuliert herzlich zu der in dieser Form durchgeführten Anerkennung wissenschaftlicher Tätigkeit.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Arnoldshain 6381 Arnoldshain (Taunus)

11. bis 13. Mai 1977

„Ethik-Unterricht“ – Ein neues Unterrichtsfach in Vorbereitung. Mit Lehrern, Eltern, Politikern sollen hier Aspekte dieses Komplexes bearbeitet werden.

13. bis 15. Mai 1977

NATO in der Krise? – Wie sieht die Zukunft der Nato und der westlichen Verteidigung aus?

Evangelische Akademie Bad Boll 7325 Bad Boll/über Göppingen

20. bis 22. Mai 1977

Gesundheitspolitische Alternativen – Am Beispiel einer Systemanalyse des Österreichischen Gesundheitssicherungssystems werden grundsätzliche Alternativen für die Bundesrepublik diskutiert.

Evangelische Akademie der Pfalz Große Himmelgasse 6, 6720 Speyer

21. bis 22. Mai 1977

Alte und neue Bibelübersetzungen (Wochenendtagung im Haus Mühlberg, Enkenbach-Alsenborn)

25. bis 26. Juni 1977

Zeit, Wirklichkeit und Gott

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg 7800 Freiburg i. Br. Winterstraße 1

18. bis 21. Mai 1977

Christliche Existenz heute

Evangelische Akademie Kurhessen- Waldeck 3520 Hofgeismar, Schlößchen Schönburg

19. bis 31. Mai 1977

Studien- und Urlaubsreise:
PFINGSTEN AUF KRETA

20. bis 22. Mai 1977

Der „Juristen“-Berg – Nach dem Numerus clausus . . .

Zu viele Juristen in einer verrechtlichten Welt

Evangelische Akademie Loccum 3055 Loccum/über Wunstorf

28. bis 30. Mai 1977

Christentum und Toleranz
Pfingsttagung für alle, die an der Weiterführung des ökumenischen Dialogs interessiert sind.

Evangelische Akademie Baden Blumenstraße 7, 7500 Karlsruhe 1

20. bis 22. Mai 1977

(in Bad Herrenalb)

Weg nach innen. – Die Bedeutung Hermann Hesses für unsere Zeit; aus Anlaß seines 100. Geburtstages

20. bis 22. Mai 1977

(in Wilhelmsfeld)

Kernenergie im Widerstreit zwischen Ökonomie und Ökologie

Evangelische Akademie Oldenburg, Heimvolkshochschule Rastede 2902 Rastede 1 - Hankhausen

11. bis 12. Juni 1977

Gebietsreform – Was nun?

Evangelische Akademie Rheinland- Westfalen – Haus Ortlohn Baarstraße 59-61 5860 Iserlohn/Westfalen

18. bis 19. Mai 1977

Wo liegen die Grenzen evangelischer Verkündigung?

Wo beginnt falsche Lehre?

Theologische Tagung

Evangelische Akademie Schleswig-Holstein Marienstraße 31 2360 Bad Segeberg

16. bis 18. Mai 1977

Auferstehung und neues Leben
– Nordelbische Jahrestagung für Gemeindehelferinnen und Gemeindehelfer

Evangelische Akademie Tutzing (Starnberger See), Schloß 8132 Tutzing

20. bis 22. Mai 1977

(Tagungsort Schloß Schwanenberg)
Abschied vom Nationalstaat?

– Europas Weg zur Vereinigung

Das ausführliche Programm sowie weitere Unterlagen über die Veranstaltungen der Akademien fordern Sie doch bitte direkt bei den Akademien an. Machen Sie bitte von diesem Tagungsangebot regen Gebrauch und weisen Sie auf die Vielschichtigkeit der Akademiarbeit auch innerhalb Ihres Bekannten- und Freundeskreises hin, da gerade auch die Präsenz im vorpolitischen Raum von uns zu Recht erwartet wird.

Kurz notiert

Suspendierung der Kölner Studentenpfarrer gefordert

Köln: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Köln hat von der Evangelischen Kirche im Rheinland kürzlich die sofortige Suspendierung der Studentenpfarrer und aller sonstigen Verantwortlichen der Kölner

Evangelischen Studentengemeinde (ESG) gefordert. In einem Schreiben des Arbeitskreises an Präses Lic. Karl Immer (Düsseldorf) und die Kölner Superintendenten Heinrich Aubel, Ernst-Heinz Bachmann und Dr. Karl Kenntner wird erklärt, die Kölner ESG habe eine „Aktionsgemeinschaft mit kommunistischen, linksradikalen und anarchistischen

Gruppen gebildet“. Der Vorsitzende des EAK der Kölner CDU, Lutz Bergmann, begründet diese Ansicht in einer Presseerklärung u. a. mit dem Hinweis auf „neueste Flugblätter der Kölner ESG“, von denen eins die derzeit in Köln anhängigen Gerichtsverfahren gegen Karl-Heinz Roth und Ruhland Otto als „Rechtszerstörung und physisch-

psychische Vernichtung von Menschen" bezeichnet.

Ferner stützt der Kölner EAK seine Behauptung auf eine Demonstration am 15. März auf dem Kölner Neumarkt gegen Fahrpreiserhöhungen bei den Kölner Verkehrsbetrieben. Dabei waren zwei Flugblätter verteilt worden, eins vom Kommunistischen Bund Westdeutschland und eins von der ESG Köln. Die ESG Köln werde ihrem Auftrag der studentischen Seelsorge bei Beachtung parteipolitischer Neutralität nicht mehr gerecht. Ihre Flugblätter bewiesen, „daß sie längst den Boden des freien Rechtsstaates verlassen“ habe, betont Bergemann. Sprache und Inhalt der Flugblätter entsprächen denen der „Anarchoszene“. Der EAK erwartet eine Stellungnahme der Landeskirche sowie des Kölner Stadtkirchenverbandes, da es sich „nicht um einen Einzelfall der Aktionsgemeinschaft zwischen der Evangelischen Studentengemeinde Köln und kommunistischen Gruppen“ handele.

Gesamtkonferenz der evangelischen Militärseelsorge in Freiburg

Freiburg: Zu einem allgemeinen Bewußtseinswandel und zu einer realistischen Einschätzung der gegenwärtigen Probleme ermahnte Militärbischof Dr. Sigo Lehming bei der Eröffnung der 22. Gesamtkonferenz der evangelischen Militärseelsorge vom 25. bis 29. April in Freiburg. Die Militärpfarrer diskutierten in Anwesenheit von Prof. Dr. Carl-Friedrich von Weizsäcker mehrere Tage über das Thema: „Der unberechenbare Mensch und die Zukunft der Menschheit.“ Bischof Lehming meinte dazu, Politik könne heute nicht mehr an den Menschen vorbei gemacht werden. Die tiefe Kluft zwischen den Argumenten des Für und Wider – etwa im Energiebereich – werde vom gemeinsamen Instinkt des Überlebenswollens überbrückt.

An der Konferenz nahmen 150 deutsche und 20 ausländische Militärpfarrer teil. Bei der Eröffnung würdigte der Bundestagsabgeordnete Manfred Wörner (CDU) als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses die Arbeit der Seelsorge unter den Soldaten als einen Dienst

am Frieden. Die Grüße der Landesregierung Baden-Württemberg überbrachte Justizminister Dr. Traugott Bender (CDU), der zugleich auf die Verantwortung hinwies, die der seelsorgerischen Betreuung insbesondere junger Menschen zukomme.

CSSR: Auch Pfarrer unterzeichneten „Charta 77“

Frankfurt/Prag: Unter den Erstunterzeichnern der tschechoslowakischen Bürgerrechts-Erklärung „Charta 77“ haben sich – wie erst jetzt im Westen bekannt wird – auch sechs Pfarrer der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder befunden, denen inzwischen weitere protestantische Seelsorger und Laien gefolgt sind. In einem Dokument, das in der CSSR in Abschriften zirkuliert, begründen diese evangelischen Christen ihre Entscheidung zur Unterstützung der Menschenrechtsbewegung.

Im politisch-ethischen Teil ihrer Überlegungen erklären die tschechischen Protestanten: „Einer der Sprecher der ‚Charta 77‘ äußerte den Gedanken, daß über der Welt der Politik eine souveräne moralische Autorität zu respektieren ist. Wir verstehen dies im Lichte des Zeugnisses Jesu vor Pilatus, dem Repräsentanten der politischen Macht. Und wir nehmen diesen absoluten Anspruch der Wahrheit über uns an. In der Vergangenheit und in der Gegenwart überließen manche Christen die politische Macht sich selbst und erinnerten sich nicht an die überpolitischen Werte, die auch für sie verpflichtend sind. Wir haben es versäumt, auf die Grenzen der politischen Macht hinzuweisen. Das Verhältnis der kritischen Verantwortung haben wir manchmal durch Konformität ersetzt.“

Daß die „Charta 77“ auch von bewußten Christen unterzeichnet wurde, ist nach Ansicht der evangelischen Pfarrer „nichts Außergewöhnliches“, sondern vielmehr „ein ähnlicher Ausdruck des Dienstes am Nächsten wie ein tiefes, befreiendes Gespräch, eine verantwortungsvolle biblische Arbeit, freies Predigen, Fürbitten und Hilfe für Bedrängte innerhalb und außerhalb der Gemeinde“. Anschließend wenden sich die Unterzeichner an Christen im In- und Ausland: „Wir

versichern, daß wir in diesen Tagen sehr intensiv an die Gemeinschaft der Kirche denken. Wir glauben, daß die Christen bei uns und in der Welt auch unseren Bemühungen mit Gebet und Tat zur Hilfe kommen.“

Nicht einmal in der Heimat dürfen sie sterben

Frankfurt: „Eiserner Widerstand, eisige Ablehnung, betretenes Schweigen“ – darauf trifft Präses i. R. D. Ernst Wilm, der EKD-Beauftragte zur Seelsorge an deutschen Kriegsverurteilten im ausländischen Gewahrsam, immer wieder, wenn er italienische Instanzen um die Wahrung der Menschenrechte des schwer erkrankten Herbert Kappler bittet. Kappler, der 1944 an Geiselschießungen beteiligt war, liegt zur Zeit mit Darmkrebs in einem Militärkrankenhaus in Rom, da ihm Haftverschonung zuerkannt worden ist. Die Erfüllung seines Wunsches, in der Heimat sterben zu dürfen, wird Kappler jedoch bisher versagt. Wie Präses Wilm in seinem jüngsten Arbeitsbericht ausführt, empört ihn, der als Opfer des Naziterros selbst mehrere Jahre im Gefängnis und KZ zubringen mußte, in Italien vor allem „die fatale Art und Weise, die Schuld für dieses Verbrechen an der Menschlichkeit (an Kappler) immer auf andere zu schieben, sei es auf den Staatspräsidenten oder auf die Militärjustiz oder auf die Kommunisten oder auf die Juden“.

Erfolge kann Präses Wilm in dem Bericht über seine mühevollen Tätigkeit auch in anderen Fällen noch nicht melden. Die „Drei von Breda“ bleiben weiterhin in Haft; die niederländischen Behörden haben auf die Forderung, ihnen wenigstens zur Regelung von Familienangelegenheiten einen mehrtägigen Urlaub zu gewähren, wie ihn andere Häftlinge in solchen Fällen erhalten können, nicht reagiert, obwohl sich Altpräses Wilm, der rheinische Präses Immer und ein Pfarrer für diese Zeit als Bürgen in niederländischen Gewahrsam begeben wollten. Noch kürzer wurde die Bilanz im Falle Rudolf Heß: Das alliierte Gefängnisdirektorium hat seine Bitten um Besuchsgenehmigung nicht einmal beantwortet. Präses Wilm darf weder an Rudolf Heß schreiben, noch dieser an ihn.

Leser- Briefe

Die hier geäußerten Meinungen brauchen nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Das Problem der Arbeitslosigkeit Ein unabwendbares Schreckgespenst oder das Ergebnis menschlichen Fehlverhaltens?

Jede Regierung sucht nach Argumenten, um ihre politische Zielsetzung zu begründen. Im allgemeinen erscheint diese Begründung glaubwürdig, vor allem dann, wenn es darum geht, Menschen einen größeren Wohlstand in Aussicht zu stellen. Wer würde nicht gerne den Lebensstandard erhöhen und allen ein besseres Leben wünschen! Diese Versprechungen werden dann aber problematisch, wenn die Hebung des Wohlstandes ohne höhere Arbeitsleistung erreicht werden soll. Außerdem sieht das jetzige politische Konzept vor, durch einseitige Steuerbelastung allmählich zu einer Vermögensumverteilung zu gelangen, wobei die Arbeitnehmer in Produktionsbetrieben noch an dem Gewinn aus dem Produktivvermögen zusätzlich teilhaben sollen. Ein Blick auf die soziale Belastung der Unternehmungen zeigt, daß diese – bezogen auf 1,- DM Produktivlohn – auf über 70 % angestiegen ist; dabei sind die finanziellen Belastungen aus dem neuen Berufsbildungsförderungsgesetz noch nicht berücksichtigt (zum Vergleich: die Soziallasten auf den Produktivlohn betragen in den USA nur 25 %). Dieser Vergleich signalisiert bereits die erhebliche Schwächung der deutschen Industrie im Wettbewerb mit der größten Industrienation der Welt. Mein Hinweis hierauf ist keine Kritik an für uns alle erstrebenswerten besseren Arbeitsbedingungen, sondern nur ein Aufzeigen jener Kosten, welche die Produktion erheblich verteuern.

Durch den verstärkten politischen Angriff auf die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist das Zusammenleben unseres Volkes nicht einfacher geworden. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Reformen mit meist zweifelhaftem Erfolg haben unter der Bevölkerung eine erhebliche Unsicherheit ausgelöst. Die Durchsetzung

sozialistischen Gedankengutes sowie die ständige Diffamierung des Unternehmertums belasten das Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Das Vertrauen der Unternehmer in eine gesicherte Zukunft unseres Landes ist weitgehend verlorengegangen.

Fehlendes Eigenkapital der westdeutschen Wirtschaft

Die westdeutsche Wirtschaft verfügt nach statistischen Angaben im Durchschnitt über ein Eigenkapital von 20 % ihres Betriebsvermögens. Der Rest ist Fremdkapital, meistens Bankschulden in Form von kurz- oder langfristigen Krediten. Im Gegensatz zu den Großbetrieben, die aufgrund ihrer Gesellschaftsform den erforderlichen Kapitalbedarf auf dem Geldmarkt abdecken können, sind Klein- und Mittelbetriebe in ihrer Kreditwürdigkeit von Banken und privaten Geldgebern abhängig.

Die vor etwa zwei Jahren begonnene Rezession hat die in den Vorjahren entstandene Überproduktion und andere finanzielle Fehldispositionen abgebaut und dadurch die Konjunktur ins Stokken gebracht. Neuinvestitionen, die ausschließlich der Beseitigung der Arbeitslosigkeit dienen sollen, würden nur die Schulden des einzelnen Unternehmens erhöhen und dadurch das Betriebsrisiko erweitern. Wenn im Augenblick Neuinvestitionen von einem Unternehmen überhaupt zu verantworten sind, dann nur zum Zwecke der Rationalisierung. Diese haben aber vorwiegend zum Ziel, Kosten zu sparen. Dadurch werden meist auch gleichzeitig Arbeitskräfte freigesetzt. Diese Investitionen reichen aber nicht aus, um eine Neubelebung der Konjunktur zu bewirken.

Es darf nicht übersehen werden, daß die Rezession in unserer Wirtschaft durch Konkurse, Betriebsstillegungen und Sanierungsfusionen zu einem enormen Verlust unseres Volksvermögens geführt hat. Noch im Jahre 1976 haben die Konkurse fast die gleiche Höhe wie im Vorjahr erreicht. (Nähere Einzelheiten hierüber sind der FAZ, Wirtschaftsbeilage, vom 27. Dezember 1976 „Die Schattenseiten des Aufschwungs“ zu entnehmen.) Trotz des zwingenden Erfordernisses, wie die Erfahrungen der Rezession gezeigt haben, daß Unternehmungen zur Erhaltung ihrer Existenz mit ausreichendem Eigenkapital ausgestattet sein müssen, wird diese Notwendigkeit heute immer noch von den Gewerkschaften infrage gestellt. Die ständige Schrumpfung des Eigenkapitals führt zur Einschränkung des wirtschaftlichen Handels und damit zum Untergang der freien, sozialen Marktwirtschaft.

Folgen der Tarifautonomie

Die Gewerkschaften in den einzelnen Wirtschaftsbereichen haben in den letzten Jahren ihre Lohn- und Gehaltsforderungen weitgehendst durchgesetzt, und zwar höher, als es der als Maß

gesetzten Steigerung der Produktivität hätte entsprechen dürfen. Dadurch entstand nicht nur eine übergroße Steigerung der Produktionskosten mit inflationärem Effekt, sondern auch ein erhöhter Konkurrenzdruck ausländischer Erzeugnisse. Durch die Steigerung der Produktionskosten wurden ganze Industriezweige im Bundesgebiet unrentabel und mußten stillgelegt werden. Die Importe gleicher Erzeugnisse aus dem Ausland waren erheblich billiger. Dieses führte zu einem Strukturwandel in Industrie und Landwirtschaft und schaffte damit die Voraussetzungen für die in den folgenden Jahren zunehmende Arbeitslosigkeit. Nur durch die erneute Entwicklung und Fertigung technisch hochwertiger Güter konnte dieser Strukturwandel in seinen Auswirkungen vorübergehend gemildert werden.

Zwang zu Auslandsinvestitionen

In der Zeit der Überkonjunktur und dem damit verbundenen Arbeitskräftemangel wurde die westdeutsche Industrie gezwungen, ihre Produktion ins Ausland zu verlegen, um einmal die dort vorhandenen Arbeitskräfte zu nutzen und damit zu verhindern, daß die Zahl ausländischer Arbeitskräfte im Bundesgebiet weiter wuchs; zum anderen diente aber auch die Verlagerung der Produktion ins Ausland dazu, die Arbeitskapazität in den Niedriglohnländern zur Erhaltung der Rentabilität ihrer eigenen Erzeugnisse zu nutzen und dadurch ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu erhalten. In einigen Fällen führten auch Einfuhrbeschränkungen großer Verbraucherländer zur Aufnahme einer eigenen Fertigung in ihren Ländern.

Die politische Auseinandersetzung über die Macht des Kapitals und die gerechte Entschädigung der Arbeitsleistung

Im Rahmen der Einführung sozialistischen Gedankengutes nahm die Auseinandersetzung über die Begriffe „Kapital“ und „Arbeit“ einen breiten Raum ein. Die Verfügungsgewalt über das Kapital als angebliches Machtmittel der Wirtschaftsunternehmen wurde in Frage gestellt und als unzulässiger Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen bekämpft.

Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde den Begriffen „Kapital“ und „Arbeit“ ein überdurchschnittlicher Stellenwert eingeräumt, wobei der Zusammenhang wirtschaftlicher Fakten immer mehr verloren ging. Man hat bewußt oder unbewußt übersehen, daß für die erfolgreiche Entwicklung einer Wirtschaft das Produkt und der Markt im Rahmen eines Wettbewerbs von viel entscheidenderer Bedeutung sind. Erst das Vorhandensein von Produkt und Markt erschließt die Anwendung von Kapital und Arbeit. Die Schaffung eines marktfähigen Produktes erfordert viel Fleiß und eine schöpferische Leistung.

Bis zur Marktreife ist das Erzeugnis mit erheblichen finanziellen Risiken belastet, die den Einsatz aller Fähigkeiten des Unternehmers und seiner Mitarbeiter erforderlich machen. Solange diese schöpferischen Werte in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung immer wieder in den Hintergrund gedrängt werden, weil sie der laufenden Diffamierung des Unternehmertums politisch im Wege stehen, lassen sich keine Ansätze für eine erfolgreiche Konjunkturpolitik finden. Gerade die falsche Einschätzung der Bedeutung von Produkt und Markt ist einer der Hauptgründe der derzeitigen Fehlentwicklung unserer Wirtschaft und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit. Jüngsten Presseberichten zufolge haben auch heute die Gewerkschaften nicht die Absicht, ihre unternehmerfeindliche Einstellung zu ändern (siehe: FAZ vom 27. Dezember 1976 „Vetters Ultimatum“).

Falsch angewandte Sparsamkeit

Es ist begrüßenswert, wenn ein Staat, der im Zuge zweifelhafter politischer Reformen ungewöhnliche finanzielle Aufwendungen gemacht hat, die zu einer hohen Verschuldung geführt haben, sich zu der Erkenntnis durchringt, Sparsamkeit walten zu lassen. Den Sparstift aber gerade in der Forschung und technischen Entwicklung anzusetzen, die zu begünstigen eigentlich die Voraussetzung für eine Wiederbelebung unserer Wirtschaft bedeutet, ist unverständlich. „Das Bessere ist des Guten Feind“. Gerade die Förderung der Forschung und der weiteren technischen Entwicklung ist die wichtigste Voraussetzung für die Wiederbelebung unserer Wirtschaft und damit für die Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit. Je höher der Stand der technischen Entwicklung einer Wirtschaft ist, desto schwieriger und langsamer ist die Entwicklung neuer Produkte möglich. In diesem Zusammenhang wird aber auch die Robkur deutlich, der sich die westdeutsche Wirtschaft jährlich durch die übersteigerten Lohn- und Gehaltserhöhungen bisher unterworfen hat, um ihre Weltmarktstellung durch Produktionsverbesserungen und Entwicklung neuer Produkte zu erhalten.

Arbeitsmarktlage

Zunächst muß festgestellt werden, daß sich der Leistungswille und damit die Arbeitsbereitschaft in unserem Volk dank des sozialistischen Einflusses erheblich verschlechtert hat. Die Zahl der

arbeitswilligen Arbeitslosen bedarf einer exakten Untersuchung. Typisch für unsere Zeit ist, daß trotz der hohen Arbeitslosenzahl nahezu keine Fachkräfte zur Verfügung stehen. Diese Feststellung soll natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es vor allem unter den Jugendlichen eine große Anzahl Arbeitsloser gibt, denen so schnell wie möglich geholfen werden muß, eine Tätigkeit zu finden, um ihnen vor allen Dingen eine gerechte Ausbildung zu ermöglichen. Der leider oft festzustellende Zustand mangelnden Leistungswillens hat dazu geführt, daß die Zahl der Jugendlichen, die nicht die Hauptschule mit einem Abschluß beenden konnten, in erheblichem Maße gestiegen ist. Für diese Jugendlichen müßten besondere Berufsgruppen geschaffen und zusätzliche Ausbildungsbeihilfen gewährt werden, um sie überhaupt in den normalen Arbeits- und Leistungsprozeß eingliedern zu können. Dadurch wird die Wertigkeit des noch freien Arbeitskräftepotentials stark beeinträchtigt und die Wiedereingliederung der in Frage kommenden Menschen in den Arbeitsprozeß unserer Wirtschaft äußerst erschwert.

Folgerungen

Wenn man sich diese politische und wirtschaftspolitische Entwicklung der Bundesrepublik und den damit verbundenen Strukturwandel unserer Wirtschafts- und Lebensordnung vor Augen führt, wird man feststellen müssen, daß der Unternehmer nicht als „Buhmann“ für die zur Zeit wünschenswerten Neuinvestitionen in unserer Wirtschaft zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit angeprangert werden kann. Die Arbeitslosigkeit in den europäischen Nachbarstaaten, insbesondere in den Industriestaaten, kann nicht als Entschuldigung für die unerwünschte wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land gelten, obgleich ein gewisser Einfluß durch das Zusammenwirken in der Europäischen Gemeinschaft nicht abzustreiten ist. Diese unerwünschte Entwicklung hängt jedoch weitgehend von unserem eigenen politischen Verhalten ab. Ein Beweis hierfür sind die unterschiedlichen Inflationsraten in Westeuropa.

Die Folgerungen, die sich aus dieser Darstellung unserer politischen und wirtschaftspolitischen Entwicklung ergeben, sind zunächst:

1. Mehr Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit im Umgang zwischen Staat und Wirtschaft, um das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen.
2. Kein Wohlstand ohne Leistung.
3. Finanzielle Entlastung der Wirtschaft zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbildung.
4. Zulassung von Abschreibungen nach den Wiederbeschaffungskosten.
5. Förderung von Forschung und Entwicklung durch steuerliche Vergünstigung.

6. Anhebung der Wertigkeit von Produkt und Markt als Antrieb zur Konjunkturbelebung der Wirtschaft.

7. Beschränkung von Lohn- und Gehaltserhöhungen auf die Steigerung der Produktivität.

Diese Forderungen beruhen keineswegs auf neuen Erkenntnissen. Es geht vielmehr darum, sie gegenüber politischen Wunschvorstellungen durchzusetzen. Von ihrer Erfüllung wird es allein abhängen, ob es gelingt, die Arbeitslosigkeit wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Diese Ausführungen dürften aber deutlich machen, daß die Arbeitslosigkeit kein unabwendbares Schreckgespenst, sondern das Ergebnis menschlichen und vor allem politischen Fehlverhaltens ist, das allein zu Lasten der Systemveränderer geht. Es ist der Fluch der bösen Tat.

Paul C. Peddinghaus
Postfach 18 60
5820 Gevelsberg/Westf.

Leistungsprinzip?

In der Zeitschrift „Evangelische Verantwortung“ heißt es in einem Leitartikel: „Mit gutem Grund hat die Demokratie alle Privilegien grundsätzlich abgeschafft und als einziges Kriterium für das Einnehmen entscheidender Stellen in Staat und Verwaltung die Leistung anerkannt.“ Entspricht diese Behauptung den Tatsachen? Gewiß, spätestens seit 1918 verschaffen Adelstitel nicht mehr ein Vorrecht auf entscheidende Stellen, und seit 1945 gilt im Westen nicht mehr das Vorrecht einer einzigen Partei und ihrer Mitglieder. Aber stellt heute bei uns wirklich die Leistung das einzige Kriterium dar zur Auswahl derer, die entscheidende Stellen einnehmen?

Die Wirklichkeit sieht leider anders aus. Bei einem Wechsel der Regierung pflegen nicht nur die Minister zu wechseln, sondern alsbald rücken auch neue leitende Beamte ein, möglichst solche, die das jeweils gewünschte Parteibuch haben; die bisher tätigen Beamten sucht man zu versetzen oder sonst loszuwerden. Nicht die Leistung, sondern die politische Richtung ist maßgebend. In der Weimarer Republik war es Brauch, lediglich die Minister abzulösen. Die Staatssekretäre und alle nachgeordneten Beamten blieben. Heute erleben wir ein Feilschen um zahllose Posten nach Gesichtspunkten, die mit der Leistung wenig zu tun haben.

Die Neigung, nach der Richtung oder Gesinnung einer Person zu fragen, beschränkt sich nicht auf den Staat, sie spielt eine erhebliche Rolle im kommunalen Bereich, sie ist deutlich an den Universitäten und Hochschulen zu spü-

ren, und die Kirchen sind wahrlich nicht frei davon. Werden Stadt- oder Schuldirektoren nach ihrer Leistung ausgewählt? Manchmal mag das der Fall sein, oft jedoch werden die Kämpfe in den Berufungsgremien nach ganz anderen Gesichtspunkten ausgefochten. Ähnliches gilt für Professoren, jedenfalls in den Geisteswissenschaften und nicht minder für leitende Personen in den Kirchen. Zwar werden die Wahlgremien sich bemühen, gewisse Leistungsnachweise festzustellen. Aber solche Nachweise werden auch großzügig außer acht gelassen, wenn ein Mann oder eine Frau einer bestimmten Richtung gesuch wird oder ein Proporz eingehalten werden soll.

Wäre es demnach zu empfehlen, nicht mehr nach der Leistung zu fragen? Gewiß nicht. Nur sollten wir so ehrlich sein, uns einzugestehen, daß wir auf vielen Gebieten abgerutscht sind in ein Parteiprinzip. Das gilt — leider — weit über den politischen Be-

reich hinaus. Wenn die Demokratie nicht der Verachtung anheimfallen will, dann bedarf sie dringend der Reinigung! Dazu gehört an erster Stelle, daß hohe Gehälter gekürzt werden, mindestens aber nicht weiter steigen. Die Diäten-Erhöhungen der Parlamentarier haben einen denkbar schlechten Eindruck hinterlassen. Weiter gehört dazu der Mut, qualifizierte Personen auch der nicht genehmen Richtung anzuerkennen und in entsprechende Stellungen zu rufen.

Darüber hinaus wäre deutlicher anzuerkennen, daß viele Menschen Hervorragendes leisten in den bescheideneren Positionen, die sie einnehmen. Wenn ein Mann oder eine Frau in eine leitende Stellung berufen wird, bedeutet dies doch nicht, daß nur sie dazu qualifiziert sind. Andere wären ebenso wie die Gewählten oder Ernannten fähig, eine leitende Stellung einzunehmen. Wie oft wächst ein Mensch mit der Aufgabe, die er erhält! Wer in sei-

ner leitenden Stellung allzu selbstsicher auftritt oder gar stolz darauf ist, es so weit gebracht zu haben, beweist durch solche Eitelkeit eher, daß er ungeeignet ist für eine führende Position.

Wer die westliche Gesellschaftsordnung erhalten will, sollte ihre Schäden ehrlich und offen bekämpfen. Wie wäre es, wenn die Kirchen damit beginnen, nicht durch Kritik am Staat, sondern dadurch, daß sie sich in ihrem eigenen Aufbau von dem peinlichen kirchenpolitischen Treiben befreien und mehr nach den Gaben des Geistes fragen als nach der jeweils opportunen Färbung oder Richtung? „Leistungen“ lassen sich nur bedingt messen. Wesentlich bleibt die abgewogene und möglichst gerechte Gesamtbeurteilung eines Menschen. Christen sollten darin mit einem guten Beispiel vorangehen.

Kirchenrat Dr. Reinhard Mumm
Herzog-Wilhelm-Straße 24
8000 München 2

Reminiszenz

Ernst Eichelbaum

Ernst Eichelbaum gehörte 1952 zu jenen Männern, die in Siegen mit Hermann Ehlers und Ernst Bach zusammen den Evangelischen Arbeitskreis der Unionsparteien gründeten. Seit jener Zeit ist er dem EAK, seiner Aufgabe und seiner Arbeit treu geblieben. Kaum eine Bundestagung des Arbeitskreises, auf der er nicht mit dabei war. Als Vertreter der Exil-CDU wirkte er darüber hinaus im Bundesarbeitskreis mit. Heute lebt Ernst Eichelbaum als Oberstudienleiter I. R. in St. Peter Ording. Die Evangelische Verantwortung bat ihn um eine Rück Erinnerung an die Aufbruchphase evangelischer Männer und Frauen in den Unionsparteien.

Jubiläen regen zum Rückblick an, das gilt auch für den Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU. Als einer, der schon zu Beginn miterlebt und mitberaten hat, ist man besonders geneigt, zurückzublicken und die Motive und Ziele der Gründer nachzuprüfen und daran das Erreichte zu ermessen. Man muß an den Anfang zurückgehen, um dies zu verstehen.

1945 — der Streit ist heute unwichtig, ob die CDU in Berlin oder in Köln gegründet worden ist. Das

beträfe nur das äußere Ereignis. Tatsache ist, daß damals an vielen Stellen in allen Gegenden Deutschlands der Gedanke entstand, eine christliche Partei zu gründen und mit ihr die deutsche Zukunft zu gestalten. In schlaflosen unruhevollen Nächten hatte schon vor dem Kriegsende so mancher trauernde Deutsche gesagt: Wenn die Katastrophe sich letztlich aus Verlust an Religion, aus Gottlosigkeit und Gewissenlosigkeit ergab, daß dann eine deutsche Wiedergeburt nur durch eine Politik auf christlicher Grundlage denkbar sei. Er mußte es heimlich sagen, schon der Gedanke war todesgefährlich. Aber so hatten auch die Kämpfer des 20. Juli gedacht, und der Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler hatte abkürzend erklärt: „Wir müssen in Zukunft eine Politik der zehn Gebote betreiben.“ Aus Gewissensnot hatten die Märtyrer unter dem Nationalsozialismus gehandelt. Die bekennende Kirche hatte ihnen Kraft und Mut gegeben.

Eine Partei unter dem C mußte auch die territoriale Zersplitterung der Bekenntnisse beseitigen, wenigstens politisch, denn dieses

schwere deutsche Erbe vom Ende der Reformationszeit lastete auf uns. Das alte Zentrum hatte es nicht geleistet, es war eine katholische Partei geblieben und nur in katholischen Gebieten von Bedeutung. Jetzt sollte der Gewinn an Gemeinsamkeit aus der Leidenszeit im Kirchenkampfe und aus der Kriegs- und Bombenzeit den Bekenntnistreuen beider Richtungen erhalten bleiben und so eine Schwäche der Zeit vor 1933 überwunden sein. Das hat damals unzählige politische Neulinge mit älteren Politikern aus der Weimarer Demokratie zur Gründung einer völlig neuen Partei zusammengeführt.

Neu für Deutschland war der Gedanke der „Union“, der Einheit verschiedener Konfessionen in einer politischen Partei auf christlicher Grundlage. Es verdient den Hinweis, daß es im Rheinland besonders Konrad Adenauer war, der diesen Kurs bestimmte. Er forderte — im Sommer 1945 — ausdrücklich die „Zusammenfassung aller auf christlichen und demokratischen Grundlagen stehenden Kräfte, die allein uns vor den aus dem Osten

drohenden Gefahren schützen kann.“ Die Berliner und die Mitteldeutschen faßten ihre Gründung von vornherein auch als eine Abwehrmaßnahme gegen die sowjetische Besatzungsmacht auf, die ihr Gebiet nicht nur militärisch beherrschte, sondern sofort einen listen- und lügenreichen Prozeß der Bolschewisierung und politischen Diktatur über die ganze Bevölkerung in Gang setzte. Heute klingt noch das mutige Wort von Jacob Kaiser: „Die CDU hat der Wellenbrecher des Marxismus zu sein.“ Daß dieser Prozeß auch dem Westen Deutschlands drohte, erkannten damals noch nicht alle. Ohne Zweifel war und ist die Bedrohung Gesamteuropas durch den Bolschewismus geblieben. Davor kann kein sozialistisches, sondern nur ein christliches Europa geistig und politisch bewahren.

Es sind weitgreifende und tiefgreifende Gründe gewesen, die zur Gründung der Unionsparteien führten – ideelle Antriebe hoher Art, keinesfalls Aussichten auf Erfolgskarrieren oder gar auf nützliche Geschäfte. Das mag unserer Partei der ständige Anreiz sein, sich unablässig um die Klärung dieser Grundhaltung und die Aufklärung darüber zu bemühen. Und ohne sie ist auch der EAK der CDU/CSU nicht zu verstehen.

1945 waren am Rhein noch nicht alle früheren Zentrumsanhänger geneigt, sich in der CDU politisch zu engagieren. Und in Norddeutschland waren nicht alle, die den Marxismus durchschauten, bereit, sich einer christlichen Partei anzuschließen, die sie sich nur als katholische Zentrumsnachfolgerin vorstellen konnten. Hier war also Aufklärung, Belehrung und Werbung nötig.

Der Evangelische Arbeitskreis hatte von vornherein die Aufgabe, in diesem Sinne zu helfen. Er wollte den evangelischen Christen und Mitgliedern die geistige Hilfe anbieten, die Verbindung von Evangelium und Politik herzustellen, ob nun im theologischen, philosophischen oder politischen Raum, sowie das Rüstzeug zur Hand zu geben, das auf evangelischer Seite vielfach fehlte. Er wandte sich gerade auch an die Evangelischen, die aus der NS-Zeit eine Abneigung, ja einen Schrecken vor jedem politischen Engagement mitgebracht hatten und sich eher geneigt zeigten, ihr religiöses Dasein nur in der Kirche und im Privaten zu leben und den Staat und die Politik dem bloßen Machtstreben zu überlassen. Oft entschieden sich auch Geistliche für politische Abstinenz und wirkten so auf ihre Gemeinden zurück. Mit ihnen ins Gespräch zu kommen und in offener Auseinandersetzung um Verständnis zu werben, wurde die Arbeit des EAK. Siegen wurde 1952 als die Stätte der ersten Tagung gewählt, weil im Siegerland schon vor etlichen Jahrzehnten eine Tradition der Verbindung von evangelischem Glauben und politischem Einsatz verwirklicht war. Besser gesagt: Gesucht wurde nicht die Auseinandersetzung, sondern die Zusammenbindung. Dabei war zu beachten, daß diese menschliche Annäherung der Bekenntnisse ohne Einbuße der Eigentümlichkeit des Glaubens zu erfolgen hatte, denn taktische Manöver und äußerliche Kompromisse können nicht verbinden. Glauben ruht auf Dogmen. Im Religiösen handelt es sich um Grundsätzliches, für den Geistlichen wie für den Laien.

Der Evangelische Arbeitskreis hat das Erbe der ersten Stunde treulich gehegt, die neue Partei, die CDU ist durch ihn „jung“ geblieben – davor bewahrt, zum Routineapparat politischer Macher zu werden, wie es anderen Parteien ergangen ist. Beide Kraftquellen der Konfessionen nebeneinander zu erhalten, beide mit gleichem Recht in gleicher Pflicht und gemeinsamer Kompetenz nebeneinander wirken zu lassen, war eine Arbeit, die gute Früchte zeigte. Sie trug dazu bei, Reibungen zu verhüten und von vornherein auszuschalten.

So ist der EAK nie ein Teilstück der Parteiorganisation im System der Entscheidungsbildung gewesen. Und er wirkt unangefochten in CDU und in CSU und gehört zu beiden. Es gibt auf seinen Tagungen keine Resolutionen, keine Beschlüsse, keine Delegierten und es gibt keine internen Mitgliederlisten. Die Freiheit von solchen Regelungen hat eine freie Teilnahme jedes Interessierten nach seinem Willen zur Folge und eine freie Entfaltung der Diskussion bei Plenar- und in Arbeitssitzungen, bei der jeder mitwirken kann, der etwas zu sagen hat. Dabei gab es von Anfang an keinen Vorbehalt gegen die andere Konfession. Es war geradezu selbstverständlich, daß auf der Abschlußkundgebung in Siegen 1952 der Parteivorsitzende Adenauer zu besonderer Rede das Wort erhielt. Hermann Ehlers und Robert Tillmanns haben mit Würde und Ansehen den Vorsitz innegehabt. Nach ihnen ist Gerhard Schröder seit Jahren der Dritte in der Reihe. Ihn beglückwünschen, ihm danken wir für sein Wirken, mit uns und für uns, im Jahre 1977.

Einer trage des anderen Last

8. bis 12. Juni 1977 – Deutscher Evangelischer Kirchentag in Berlin

Besuchen Sie die Gruppen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
im Markt der Möglichkeiten – wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Evangelische Verantwortung – Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 208, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.